

Unser aktuell es Interview

Bürgersinn und Bürgerinitiative zum Nutzen aller

Am 21. Januar 1982 beschloß der Nationalrat der Nationalen Front der DDR Vorhaben für die Bürgerinitiative „Schöner unsere Städte und Gemeinden — Mach mit!“ in den Jahren bis 1985. Zu einigen inhaltlichen Fragen äußerte sich Gerhard Opitz, Mitglied des Präsidiums und des Sekretariats des Nationalrates der Nationalen Front der DDR, gegenüber der Redaktion „Neue Justiz“.

Genosse Opitz, in unserer Zeitschrift wurden schon wiederholt — letztmalig in Heft 5/1981 — Grundpositionen und Aufgaben der Nationalen Front bei der Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit, Ordnung und Sicherheit dargestellt. Welche Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Beschluß des Nationalrates vom 21. Januar 1982 zu?

Die bedeutsame erweiterte Tagung des Nationalrates der Nationalen Front der DDR zu Beginn des Jahres 1982 stand unter dem Leitmotiv „Im bewährten Bündnis der Nationalen Front — alles für den Frieden, alles für das Wohl des Volkes!“ Der Präsident des Nationalrates, Professor Dr. Kolditz, hob besonders hervor, daß es für uns nichts Wichtigeres als den Frieden gibt, daß wir ihn — wie alle Menschen — brauchen, um zu leben, um die Zivilisation auf unserer Erde zu erhalten und nicht zuletzt, um unser sozialistisches Aufbauwerk zum Wohle aller weiter erfolgreich zu gestalten. Auf dieser Tagung wurde ein leidenschaftliches Bekenntnis zum Frieden abgelegt. Dieses Bekenntnis lebt in der Erläuterung der sowjetischen Friedensvorschläge zur Abrüstung und Entspannung, in den Friedensinitiativen der sozialistischen Gemeinschaft und in den wachsenden Leistungen der Bürger zur allseitigen Stärkung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht. Es gipfelt in der Aufforderung an die in der Nationalen Front vereinten demokratischen Kräfte, alles zu tun, um der von der Reagan-Administration der USA inspirierten zügellosen Forcierung der Rüstung entschieden Einhalt zu gebieten.

Frieden und Sozialismus sind eine untrennbare Einheit. Daraus folgt, daß die weitere allseitige Stärkung und Festigung unseres Staates zugleich ein entscheidender Beitrag zur Erhöhung der Wirkungskraft des realen Sozialismus ist.

An die sozialistische Volksbewegung sind unter den komplizierter gewordenen Bedingungen in den 80er Jahren neue, höhere Anforderungen gestellt, um mit ihren spezifischen Mitteln und Möglichkeiten die erfolgreiche Fortsetzung der Politik der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, die darauf gerichtet ist, einen weiteren Leistungsanstieg unserer Volkswirtschaft zu erreichen, das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes zu sichern und schrittweise zu erhöhen, aktiv zu unterstützen. Ausgehend von den Beschlüssen des X. Parteitag der SED und der 3. Tagung des Zentralkomitees der SED wurden erstmals Wettbewerbsvorhaben in der Bürgerinitiative für eine längere Periode beschlossen.

Der Beschluß ist für alle Ausschüsse der Nationalen Front das Aktionsprogramm. Dabei stand die Überlegung im Vordergrund, die Bürgerinitiativen mit hohem volkswirtschaftlichem Effekt mit dem Gesetz zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1981 bis 1985 und den jährlichen örtlichen Volkswirtschaftsplänen in Übereinstimmung zu bringen. Die Ausschüsse erhalten damit bessere Voraussetzungen, auch längerfristige Maßnahmen der örtlichen Organe zur Festigung der Gesetzlichkeit, Ordnung und Sicherheit im Territorium tatkräftig mit verwirklichen zu helfen, wie das z. B. im Kreis Zeitz schon eindrucksvoll praktiziert wird. Man kann schon jetzt sagen, daß in den laufenden Wettbewerbsprogrammen der Ausschüsse die Aufgaben zu Ordnung, Sicherheit und Hygiene im Vergleich zu früheren Jahren eine wesentlich größere Rolle spielen.

Natürlich erfordert diese neue Qualität umfassende Kenntnisse über die Lage im Territorium. Das ist aber nur



die eine Seite. Die andere ist, daß von den Ausschüssen der Nationalen Front gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Kräften im Territorium, mit den Volksvertretungen und den staatlichen Organen die Schritte zur Realisierung der geplanten Vorhaben exakt abgesteckt werden. Mit anderen Worten: Die Ausschüsse der Nationalen Front sollten sich mit ihren Wettbewerbsprogrammen in die Jahrespläne der örtlichen Organe einordnen, sie sollten Nahziele mit konkreten Festlegungen für deren Erfüllung fixieren und das bewährte Arbeitsprinzip mit jährlichen Wettbewerbsprogrammen unbedingt beibehalten.

Der Beschluß des Nationalrates enthält Orientierungen zur Verschönerung der Städte und Dörfer, für ein hohes Niveau von Ordnung, Sauberkeit und kommunaler Hygiene sowie zur Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit im Interesse des Wohlbefindens aller Bürger. Worin sehen Sie hier konkrete Ansatzpunkte für die Arbeit der Ausschüsse der Nationalen Front?

Bei der Organisierung der Bürgerinitiativen im Sinne der von der Nationalratstagung beschlossenen komplexen Ziele geht es vorrangig darum, die örtlichen Volkswirtschaftspläne erfüllen zu helfen, örtliche Reserven zu erschließen und immer mehr Bürger zum Mittun zu gewinnen. Im Zentrum dieser Initiativen stehen die Verbesserung der Wohnbedingungen der Bürger und die Gestaltung einer angenehmen Wohnumwelt. Das setzt sowohl eine wirkungsvolle Überzeugungsarbeit unter allen Bürgern als auch den Schutz, die Stärkung, die Pflege und Erhaltung des gesellschaftlichen Eigentums voraus. Gerade hier liegt ein weites Betätigungsfeld für das gemeinsame Wirken von Volksvertretern, Ausschüssen der Nationalen Front und Bürgern, denn Ordnung und Sicherheit sind ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. „Je verantwortungsbewußter die Bürger ihre gesetzlichen Pflichten gegenüber der Gesellschaft erfüllen und je gewissenhafter ihre Rechte gewahrt werden,“ betonte E. Honecker auf dem X. Parteitag der SED, „um so mehr werden Ehrlichkeit und Verantwortungsbewußtsein gefördert, Geborgenheit geschaffen und Leistung stimuliert.“ Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, die noch engere Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen der Nationalen Front, den Volksvertretungen und ihren Organen, vor allem auch den Abgeordneten in ihren Wahlkreisen und Wohngebieten, den Justiz- und Sicherheitsorganen sowie allen gesellschaftlichen Kräften.

Die Erfahrungen in Berlin, Hauptstadt der DDR, in Magdeburg und anderen Städten und Gemeinden besagen, daß dann beste Ergebnisse erreicht werden, wenn die staatlichen Organe alle gesellschaftlichen Kräfte zwar differenziert, doch in dem für ihre Arbeit notwendigen Maße informieren, und wenn im Territorium die Aktivitäten und Initiativen vor allem durch die Ausschüsse der Nationalen Front wirkungsvoll koordiniert und von Zeit zu Zeit die Resultate der Arbeit öffentlich abgerechnet werden. In